

PRO & CONTRA

Sind Albanien und Nordmazedonien reif für die EU?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Matthias Wilkes (60) ist Kreisvorsitzender der MIT im Landkreis Bergstraße, wo er von 2003 bis 2015 Landrat war. Der freiberufliche Berater engagierte sich zudem als Vorsitzender des Vereins der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

EU-Absage ist fatales Signal

Europa hat es geschafft, nach der schier unendlichen Brexit-Diskussion den zweiten innereuropäischen Scherbenhaufen anzurichten: Mit der Absage von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien ist der gesamte West-Balkan in eine tiefe Verunsicherung mit derzeit noch nicht absehbaren politischen Folgen gestürzt worden.

Sieger dieses tragischen Schauspiels ist nicht die EU, sondern sind China, Russland und die Türkei, die dieses Vakuum im Wettbewerb um den Einfluss in dieser Region jetzt zu nutzen wissen. Schon heute gehören diesen machtorientierten Staaten Häfen, Autobahnen, Kraftwerke und Flughäfen.

Bereits 2003 wurde allen sechs West-Balkanländern die Perspektive eines Beitritts zugesagt. Nordmazedonien und Albanien erfüllen schon lange die von der EU definierten formalen Kriterien. Dabei ist die Absage gegenüber Nordmazedonien geradezu eine Demütigung: Erst zu Beginn dieses Jahres hat der Staat vor dem Hintergrund der Versprechungen der EU unter großen innenpolitischen Diskussionen seinen Staatsnamen, Teile der nationalen Identität, etwa Symbole, und seine Verfas-

sung geändert. Die Absage der EU wirkt verständlicherweise wie ein Schock, in den das gesamte Land mit unabsehbaren politischen Folgen gestürzt wurde. Es wurden Neuwahlen angekündigt und nationalistische Kräfte drohen als Reaktion auf die EU-Entscheidung wieder die Oberhand zu gewinnen.

Maßgeblich für dieses europapolitische Fiasko war das Veto von Frankreich. Die Motivation für diese Haltung, die Angst vor nationalistischen Populisten im eigenen Land, war im Wesentlichen innenpolitisch. Die offizielle Begründung, zuerst die EU von innen zu stärken, ist fadenscheinig. Denn gerade die Vetoländer waren es, die die Festigung Europas mit einem Verfassungsvertrag schon 2005 abgelehnt haben. Dabei ging es nicht um eine Beitrittsentscheidung, sondern nur um Verhandlungen. Innerhalb dieser wäre Zeit und Platz gewesen, alle notwendigen Klärungen für einen tatsächlichen Beitritt herbeizuführen. Auch die Gefahr, sich daran „politisch zu verheben“ besteht im Hinblick schon allein aufgrund der Größenverhältnisse nicht: Alle sechs West-Balkanstaaten zusammen haben gerade einmal so viele Einwohner wie das Bundesland Nordrhein-Westfalen. ●

PRO

Integration gegen Reformen – dieses Versprechen gab die Europäische Union 2003 sechs Ländern in der Westbalkan-Region. Mit Montenegro und Serbien laufen bereits EU-Beitrittsverhandlungen – nun sollen auch noch Nordmazedonien und Albanien hinzukommen. Sind die beiden Balkanstaaten reif für die EU?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

EU darf nicht Korruption importieren

Der Balkan braucht eine europäische Perspektive – weil er ein Teil Europas ist. Dazu zählt auch die Mitgliedschaft in der EU. Die EU ist ein historisch einmaliger Staatenbund, der sich vor allem durch Rechtsstaatlichkeit und offene Demokratie auszeichnet. Prinzipienfestigkeit hat die EU in Krisen stabilisiert und sie zu einem regionalen und globalen Player gemacht; sie gibt Sicherheit in internationaler Unsicherheit.

Die Aufnahmebedingungen für die EU sind in den Kopenhagener Kriterien eindeutig formuliert. Wer in die EU will, der muss liefern. Weder Albanien noch Nordmazedonien – Serbien übrigens auch nicht – erfüllen derzeit diese Kriterien. Die Eliten dort wollen die Milliarden, aber nicht die Werte der EU.

In Albanien ist der Staat direkt mit organisierter Kriminalität verbunden, es können Gerichtsurteile gekauft werden – einen Rechtsstaat nach europäischem Standard gibt es nicht. Nordmazedonien hat durch den Ausgleich mit Griechenland einen Beitrag zur Stabilität erbracht, aber im Inneren sind Strukturen und Eliten endemisch korrupt.

Korruption bleibt der politische Krebs dieser Region, ist der Nährboden

für Konflikte. Während die Menschen leiden, plündern die Eliten das Land aus. Wenn die EU nicht mehr stark genug ist, um eigene Prinzipien aufrechtzuerhalten, würde sie Korruption, Kriminalität und auch Konflikte importieren. Eine „Konkurrenz der Korruption“ mit Russland, China und der Türkei wollen wir nicht aufnehmen. Keine Macht der Erde darf die EU dazu zwingen, ihre Grundprinzipien aufzuweichen – es wäre der Anfang vom Ende der EU, und der europäischen Friedensordnung nach dem Krieg.

Wir müssen den Balkan weiter unterstützen – dazu müssen wir endlich die korrupten Eliten sanktionieren. Wachswenige EU-Erklärungen über Korruption haben dort nur die Wirkung, dass die EU sich lächerlich macht.

Wer also in die EU will, muss europäisch liefern. Die Menschen auf dem Balkan wollen Europa, sie sind wütend auf ihre korrupten Eliten. Die EU muss den Menschen helfen, nicht den Eliten. Ohne Rechtsstaat, ohne echte Bekämpfung von Korruption keine Beitrittsverhandlungen. Die EU darf hier nicht länger wegschauen. Dann hat der Balkan, und erst dann, eine wahrhaft europäische Perspektive. ●

CONTRA



Michael Brand (46) ist seit 2005 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Fulda. Er ist Vize-Vorsitzender der Parlamentariergruppe Südosteuropa und Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe.